EUROPÄISCHES FORUM FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Lieber gut leben als grosse Maschinen kaufen

Im österreichischen Krems trafen sich über 400 Menschen, um über eine andere Agrar- und Ernährungspolitik zu diskutieren. Was bedeutet Ernährungssouveränität, konkret und lokal? Die WOZ hat AktivistInnen befragt und eine Bauernfamilie besucht, die eigene Wege geht.

VON BETTINA DYTTRICH

Von japanischer Kampfkunst inspiriert: Agrar-AktivistInnen führen auf dem Pfarrplatz von Krems das «Kata der Hacke» vor.

Dichtes Programm: An der Nyeleni-Konferenz arbeiten Bäuerinnen, Konsumenten und Aktivistinnen aus 34 Ländern zusammen.

FOTOS: NYELENI EUROPE 2011/ ALEXANTER GOTTER

«Ernährungssouveränität ist eine Waffe», sagt Jenny Gkiougki. «Das ist ein starkes Wort, ich weiss. Aber ich brauche es bewusst. Wenn in Griechenland mehr Menschen wüssten, wie sie ihre eigene Nahrung anbauen können, müssten sie weniger Angst haben vor dem, was kommt.» Die lebhafte Frau mit den dunkelblonden Locken ist aus Griechenland nach Krems gereist. Hier, in der Kleinstadt an der Donau, siebzig Kilometer westlich von Wien, treffen sich in der dritten Augustwoche über 400 Menschen zum Europäischen Forum für Ernährungssouveränität «Nyeleni 2011». Zu den OrganisatorInnen gehören die kleinbäuerliche Bewegung Via Campesina, Attac und Friends of the Earth. Die erste Nyeleni-Konferenz fand 2007 in Mali statt und war global ausgerichtet. «Nyeleni» ist der Name einer legendären Bäuerin, die zur Symbolfigur der malischen Frauenbewegung wurde.

Jenny Gkiougki.

Die Diskussionen drehen sich um die EU-Agrarpolitik, die Rechte der LandarbeiterInnen, den Widerstand gegen Gentechnik. Aber nicht nur: Immer wieder geht es in den Gesprächen auch um den heissen Sommer im EU-Raum. «Griechenlands Bankrott kommt auf jeden Fall», sagt Jenny. «Aber sie werden ihn hinauszögern, damit sie vorher noch alles ausverkaufen können.» Die Wasserversorgung ihrer Heimatstadt Thessaloniki zum Beispiel: Die Regierung will sie privatisieren, um Schulden zurückzuzahlen. Die Griechin erzählt von den Grossdemonstrationen im Frühsommer: «Die Polizei attackierte uns mit Schlagstöcken, Tränengas und Blendschockgranaten – auch die alten Leute! Es ist ein Wunder, dass es keine Toten gab.»

Nach dem Bankrott werde es dauern, bis das Land wieder stabil sei. Und damit kommt Jenny zurück zum Thema Ernährungssouveränität: «Viele Leute in Griechenland sind gelähmt, weil sie Angst haben, sie fragen sich: Werde ich noch zu essen haben?»

Hunger in Griechenland? Ist das nicht etwas gar pessimistisch gedacht? Jenny widerspricht energisch: «In Athen gibt es jetzt schon alte Leute, die sich entscheiden müssen, ob sie gutes Essen oder Medikamente kaufen, weil es nicht für beides reicht. Und wenn die EU hilft, sind wir dreissig Jahre in ihrer Schuld. Vielleicht wollen wir die Hilfe ja gar nicht.»

Demonstrieren statt käsen

Die Voraussetzungen für eine solidarische Gesellschaft seien nicht besonders gut: «Wir sind Solidarität nicht gewohnt. Seit dem Ende der Diktatur in den siebziger Jahren haben alle Regierungen Griechenlands das US-amerikanische Modell propagiert: Konsum ist alles, jeder ist sich selbst der Nächste.» Die Mehrheit der Bevölkerung lebe in Städten und habe keinen Bezug mehr zur Landwirtschaft. Auch städtische Gemeinschaftsgärten, wie sie in vielen Ländern Europas boomen, gebe es noch nicht viele. «Wir sind im Rückstand, aber den werden wir notgedrungen aufholen.» Bereits gingen immer mehr junge Leute zurück in die Dörfer, um zu bauern.

Krems liegt am Rand der Wachau, einer malerischen Weinbauregion. Die Donau fliesst hier durch steile Hügel. DonauradwegTouristInnen in engen Trikots zwängen sich schwitzend durch die historischen Gassen und schauen ziemlich irritiert, als am vierten Tag des Forums plötzlich ein Demonstrationszug auftaucht und vor jedem Supermarkt laut eine andere Ernährungspolitik fordert. Auf dem Pfarrplatz bieten Bäuerinnen ihre Produkte an, Aktivisten spielen Strassentheater und verschenken einen Riesenberg Bananen, den sie aus einem Container gefischt haben. Gärtnerinnen tauschen Saatgut.

Neben dem politischen Engagement arbeitet Jenny Gkiougki im Marketing einer Biolandbauorganisation – auf freiwilliger Basis. Auch mit Uniabschluss verdiene man in Griechenland selten mehr als 700 Euro. «Meine Schwester hat fünf Kinder und Panik. Das verstehe ich. Ich könnte das Land verlassen und irgendwo einen Job suchen, aber ich will nicht. Ich habe einen Abschluss in Marketing und zehn Jahre in London gearbeitet. Als ich zurückgekommen bin, hiess es überall, ich sei überqualifiziert …»

Eigentlich wollte Gkiougki diesen Sommer in die Schweiz, käsen lernen. Doch dann begannen die Grossdemos, und sie blieb in Griechenland. Sie hat die Hoffnung nicht verloren: «Es ist die erste Chance für eine wirklich konkrete Veränderung. Aber wenn wir nicht die Ethik, das Verhältnis zur Natur und zu uns selber verändern, geht es schief. Wir werden darüber reden müssen, was wirklich wichtig ist, was ein gutes Leben ausmacht. Es braucht Leute wie uns, die den Boden vorbereiten, die Strukturen aufbauen.»

Dan Isles.

Am Forum teilnehmen können nicht einfach alle, die Lust haben. Die Grössen der Delegationen aus den Ländern sind entsprechend ihrer Bevölkerungszahlen festgelegt. Schon vor vier Jahren in Mali war es so: damit die reichen Länder nicht dominieren. Genauso ist es den OrganisatorInnen wichtig, dass Bauern, Landarbeiterinnen, Konsumenten und Mitarbeiterinnen von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) sowie beide Geschlechter ausgewogen vertreten sind.

97 Prozent gegen Gentech

Das Sitzungsprogramm ist dicht. Es gibt Treffen nach Themen, nach Tätigkeiten und nach Regionen. Ein Augenschein am Osteuropa-Treffen zeigt die enormen Schwierigkeiten, mit denen Bauern und Umweltschützerinnen dort zu kämpfen haben: In Rumänien verbieten Behörden den bäuerlichen Direktverkauf mit Verweis auf EU-Gesetze, die es gar nicht gibt. In Serbien wird ehemals staatliches Kooperativenland im grossen Stil privatisiert. Viele andere stimmen zu: Landgrabbing, das Aufkaufen von Land durch Investoren, nehme immer schlimmere Ausmasse an. Und zur Gentechnik gibt es in vielen Ländern nicht einmal Gesetze.

Eine positive Ausnahme ist Bulgarien. Im Balkanland wurde letztes Jahr eines der strengsten Gentechnikgesetze der Welt bestätigt. Weil ein Gentechnikverbot nach EU-Recht nicht zulässig ist, waren die ParlamentarierInnen erfinderisch: Gentechnisch veränderte Pflanzen sind zehn Kilometer rund um Bienenstöcke und dreissig Kilometer rund um Naturschutzgebiete verboten – und damit faktisch im ganzen Land.

«In keinem Land sind so viele Leute gegen Gentechnik wie bei uns: In der letztjährigen Umfrage waren es 97 Prozent», sagt Borislav Sandov stolz. Er arbeitet in Sofia für die Climate Action Coalition, die Grünen und den Biobauernverband. «An der Kampagne beteiligten sich alle Bevölkerungsschichten: Mütter, Köche, Umweltgruppen, Bauern. Unser nächstes Ziel ist eine sehr deutliche Kennzeichnung von importierten Gentechprodukten, so auffällig wie die Warnungen auf den Zigarettenpackungen.» Denn verbieten können die BulgarInnen die Importe nicht einfach. Die EU-Gesetze lassen es nicht zu.

Mülltonnen und Gemeinschaftsgärten

Wie die Griechin Jenny Gkiougki denkt auch der Brite Dan Isles über die Turbulenzen in seiner Heimat nach: «Die Jugendzentren werden geschlossen, die Polizei ist rassistisch, all die Konsumgüter überall – kein Wunder, wenn es Krawalle und Plünderungen gibt.» Selber ist Isles zwar nicht so direkt betroffen wie die Griechin: Der schlaksige junge Mann stammt aus Abergavenny im Westen von Wales und lebt heute zeitweise in Bristol, wo er Politikwissenschaften studiert hat. Noch mehr als die Krawalle hat ihn der Skandal um den Medienmogul Rupert Murdoch erschüttert: «Das ist ja schlimmer als in den schlimmsten Verschwörungstheorien.»

Dan Isles' Interesse an Ernährungssouveränität hat persönliche Gründe: «Ich liebe Essen, und ich liebe linke Politik. Essen ist eine wunderbare Möglichkeit, um Menschen zusammenzubringen.» Bei all dem Schrecklichen, das in der Welt passiert, findet er es manchmal schwierig, nicht zu resignieren. Darum schätzt er die Initiativen um Gärtnern und Ernährung in Bristol – das, was im englischsprachigen Raum seit einiger Zeit «food movement» genannt wird: Gemeinschaftsgärten, in denen zum Teil auch Flüchtlinge aktiv sind, die Gruppe, die Supermarktmülltonnen plündert und gemeinsam kocht, den Permakulturgarten mit seinen vierzig Apfelsorten.

«Es geht wirklich um den alten Slogan «Global denken, lokal handeln». Wir versuchen die Nahrungsversorgung in Südwestengland zu regionalisieren. Gleichzeitig haben wir aber eine globale Analyse.» Wenn er nicht gerade gärtnert, arbeitet Dan für das World Development Movement, eine NGO, die Spekulation mit Nahrungsmitteln, die Klimaschuld des Nordens und die britische Finanzpolitik anprangert. Es mache ihn rasend, sagt er, dass Firmen und Banken reich würden am Hunger.

Diese Verbindung von Lokalem und Globalem, von Politik und Praxis, Pragmatismus und Utopie macht das Konzept der Ernährungssouveränität spannend, aber auch problematisch. Ernährungssouveränität lässt sich nicht so leicht einfordern wie ein Tierschutzgesetz oder ein Mindestlohn, und es lässt sich schwer sagen, wann sie erfüllt ist. Die Diskussion in der Schweiz zeigt, dass das Wort oft auch falsch gebraucht wird (vgl. «Verwirrung um einen Begriff»). Und doch gibt es Beispiele, was Ernährungssouveränität ganz konkret auf einem Hof, im Leben einer Bauernfamilie bedeuten kann. Zum Beispiel bei Maria und Franz Vogt.

Vogts leben auf der anderen Seite von Wien, in Obersdorf. Die S-Bahn fährt durch flaches Land, riesige Windturbinen lassen die Hochspannungsmasten klein aussehen. Doch hinter Obersdorf wird es wieder hügelig: Hier beginnt das Weinviertel. Eine Region trockener als das Wallis und so warm wie Norditalien. Im August ist das Gras gelb geworden, die Sonnenblumen füllen sich mit schweren Kernen, und bald reifen die Trauben. An Hohlwegen stehen die traditionellen Weinkeller, halb unterirdisch, damit es in den Lagerräumen das ganze Jahr kühl bleibt.

«Das Wort Ernährungssouveränität drückt etwas aus, was wir immer schon wollten», sagt Maria.

Beide sind sie im Dorf aufgewachsen, beide auf Bauernhöfen. Wie viele Bauernsöhne besuchte Franz das landwirtschaftliche Gymnasium. Obwohl er eigentlich gar nicht bauern wollte – aber Maria wollte, und Franz liess sich überzeugen. 1989, nach einem langen Freiwilligeneinsatz in Peru, übernahmen sie den Hof von Franz' Mutter und stellten ihn auf bio um.

«Was ich in der Schule gelernt hatte – als Bauer muss man wachsen und sich spezialisieren –, ging spurlos an mir vorbei», sagt Franz. Vogts machten genau das Gegenteil: Sie wurden so vielfältig wie möglich. Sie halten Milchschafe, machen selber Frischkäse, schlachten auf dem Hof. Sie bauen Getreide, Kartoffeln und 25 verschiedene Gemüse an, pflegen Reben und keltern eigenen Wein. Im Sommer stammt fast alles, was auf den Tisch kommt, vom eigenen Hof. «Es ist einfach viel interessanter, verschiedene Dinge zu tun und nicht monatelang das Gleiche», sagt Maria. «Es geht uns darum, ein gutes Leben zu führen», sagt Franz. Geld meint er damit nicht: Der Produkteverkauf bringt 10 000 Euro im Jahr, manchmal auch 12 000, dazu kommen 10 000 Euro Direktzahlungen. Grosse Maschinen, um die Nachbarn zu beeindrucken, liegen da nicht drin. Aber das ist Vogts egal. Dafür können sie es im Winterhalbjahr etwas ruhiger nehmen.

Maria Vogt.

Die Bäuerin spielt Kabarett

Die Vielfalt macht nicht nur mehr Spass. Sie ist auch eine Versicherung gegen die zunehmenden Klimaschwankungen: «Letztes Jahr war es viel zu nass. Es gibt immer häufiger Adriatiefs, die Regen von Süden bringen», erzählen die beiden. «Die Weinernte war schlecht, und auch das Getreide hat es lieber trockener. Dafür wuchs das Gemüse gut, und wir ernteten mehr Heu, als im Speicher Platz hatte. So kannst du dich immer über etwas freuen.»

Die Bauernhäuser sind hier aneinandergebaut, die Dörfer hatten früher Tore, um im Kriegsfall geschützt zu sein. Im ersten Hinterhof, wo einst Pferde, Kühe und Schweine im Stall standen, haben Vogts einen Weinkeller, einen Schlachtraum und ein Verkaufslokal eingerichtet. Im zweiten Hinterhof stehen zwanzig Milchschafe mit ihren schlanken, silbern glänzenden Köpfen und mampfen Luzerneheu.

«Die Lebensmittelversorgung unserer Region hat sich in den letzten zwanzig Jahren ganz extrem verändert», erzählt Maria. «Früher hatten die kleinen Dörfer alle ihre kleinen Geschäfte, ihre Bäcker, ihre Fleischhauer und Handwerksbetriebe. Das ist alles weg.»

Dafür nutzen mehr als die Hälfte der sechzehn Obersdorfer Bauernhöfe die Chance und vermarkten ihre Produkte direkt. Maria zählt auf, was es gibt: Brot, Käse, Milch, Butter, Fleisch, Eier, Gemüse, Obst, Wein, Säfte, Öl, Kartoffeln und Getreide – alles, was man braucht. Das Konzept ist so erfolgreich, dass jetzt auch ein Supermarkt, draussen an der neuen Autobahn, Marktstände für Bäuerinnen aufstellen will. Maria ist skeptisch: «Das führt nur zu noch mehr Verkehr. Zu uns können sie auch zu Fuss oder mit dem Fahrrad kommen.»

Dank Direktverkauf bekommen BäuerInnen bessere Preise. «Und er stärkt auch die Position der Frauen auf den Höfen», sagt Maria. «Die traditionelle Landwirtschaft ist männlich dominiert, rauf auf den Traktor, all die tollen Maschinen. Die Bäuerinnen bekommen Anerkennung und Wertschätzung, wenn sie mit Kunden und Kundinnen in Kontakt kommen.»

Maria und Franz sind nicht allein mit ihrer Vision einer anderen Landwirtschaft. Im ÖBV, dem einstigen Bergbauernverband Österreichs, sind heute alle aktiv, die mit der Politik des konservativen Bauernbundes nicht einverstanden sind. Der ÖBV organisiert Diskussionen und Kurse, von EU-Agrarpolitik bis zur persönlichen Frage der Hofnachfolge. Er hat einen Frauen- und einen Männerarbeitskreis – auch Maria und Franz sind dabei – und sogar eine eigene Kabaretttruppe: die Miststücke, eine Gruppe von Bäuerinnen, die die sich über die Geschlechterrollen auf dem Bauernhof genauso lustig machen wie über Hygienekontrollen oder die komplizierten EU-Gesetze. Maria spielt bei den Miststücken einen Bauernbund-Obmann, der viel heisse Luft produziert. Und eine traumatisierte Gentechmaispflanze.

Noch ist die Landschaft um Obersdorf vielfältig, Hecken und Hohlwege säumen die Äcker, im Gebüsch leben Hasen und Ziesel, seltsame kleine Nager wie winzige Murmeltiere. Aber auch das könnte sich ändern, sagt Maria: «Die grossen Betriebe bei uns, die wollen nicht ein halbes Hektar dazupachten. Die wollen eine Fläche von zehn oder zwanzig Hektar auf einmal, um grosse Felder zu machen. Und da muss die Landschaft aufgeräumt sein, und die Monokultur schreitet voran.» Dort, wo es immer noch Handarbeit braucht – etwa beim Spargelstechen – arbeiten Rumänen und Slowakinnen für sechs Euro in der Stunde.

Aber Maria bleibt optimistisch: «Ich finde es wunderbar, dass immer mehr Menschen die momentane Lebensmittelversorgung kritisch hinterfragen und viele junge Leute versuchen, alternative Netze aufzubauen. Und dafür braucht es den direkten Kontakt. Das geht nicht im Supermarkt.»

PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchierfonds des Fördervereins ProWOZ. Dieser Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0

KRITIK AM NYELENI-FORUM

«In keinem Verhältnis zum Ertrag»

Am Ende jubelten fast alle: Die gut 400 TeilnehmerInnen des Nyeleni-Forums in Krems (vgl. Haupttext) verabschiedeten am 20. August mit viel Applaus eine Schlusserklärung. Über den Prozess, der zur Erklärung führte, waren allerdings nicht alle glücklich. «Der Aufwand stand in keinem Verhältnis zum Ertrag», sagt etwa der pensionierte Bauer Jakob Alt aus Oetwil an der Limmat. Denn drei Tage lang ging es an fast allen Sitzungen darum, Material für die Erklärung zu sammeln. Die fünf thematischen Arbeitsgruppen teilten sich dafür in kleinere Gruppen auf, dann wurden die Ergebnisse zusammengefasst, wieder in den Arbeitsgruppen und schliesslich im Plenum diskutiert. Ein ermüdender Prozess mit vielen Wiederholungen.

Jakob Alt bedauert: «Verglichen mit der Nyeleni-Erklärung von 2007 bringt der Text wenig Neues. Mit so vielen guten Leuten und so einem schönen Thema hätte man doch etwas Spannenderes machen können.»

«Wir wollten kein Sozialforum organisieren, wo man unverbindlich Workshops besuchen kann», sagt dagegen Irmi Salzer. Sie macht Öffentlichkeitsarbeit für den ÖBV (Via Campesina Österreich) und war an den Vorbereitungstreffen des Nyeleni-Forums. «Uns war es wichtig, dass die Leute verbindlich an etwas dranbleiben.» Der Ablauf sei allerdings ein Kompromiss gewesen: «Es gibt wirklich verschiedene Diskussionskulturen in Europa. Die Via-Campesina-Leute aus Südeuropa wollten viel mehr Reden im Plenum. Wir aus Österreich konnten zumindest erreichen, dass es Arbeit in Kleingruppen und am Anfang eine Kennenlernrunde gab.» Entsprechend unterschiedlich sei jetzt auch das Echo: «Die italienische Delegation hätte gern noch länger an den Formulierungen der Abschlusserklärung gearbeitet», sagt Salzer. «Anderen war die Erklärung egal, sie wollten mehr Zeit für informelle Vernetzung.» Das Sammeln der Punkte für die Erklärung habe in einigen Arbeitsgruppen auch zu lange gedauert. «Wir hatten eigentlich mehr Zeit eingeplant, um konkrete Aktionen vorzubereiten.» DYT

Die Erklärung ist zu finden unter http://nyeleni2011.net.

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT UND DIE SCHWEIZ

Verwirrung um einen Begriff

Viele brauchen das Wort «Ernährungssouveränität», wenn sie über Schweizer Agrarpolitik reden. Aber sprechen sie alle vom Gleichen?

VON BETTINA DYTTRICH

Wer hats erfunden? Im Fall Ernährungssouveränität ist der Fall eigentlich klar: Es war die internationale kleinbäuerliche Bewegung Via Campesina. Sie hat den Begriff 1996 am Gipfel der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom vorgestellt. Und zwar mit folgender Definition: «Ernährungssouveränität bezeichnet das Recht der Bevölkerung, eines Landes oder einer Union, die Landwirtschafts- und Konsumentenpolitik selber zu bestimmen, ohne Preisdumping gegenüber anderen Ländern.» Via Campesina definiert den Begriff in einer Reihe von Punkten näher: Vorrang hat die Produktion für die Region, nicht für den Weltmarkt; der Zugang der BäuerInnen zu Land, Wasser, Saatgut und Krediten muss gewährleistet sein; und sie brauchen kostendeckende Preise.

Vermutlich steht die Ernährungssouveränität schon bald im Schweizer Landwirtschaftsgesetz: Vor drei Jahren reichte der Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois, eine entsprechende parlamentarische Initiative ein. Bourgeois möchte das Landwirtschaftsgesetz ergänzen mit der Formulierung «nachhaltige, auf den Markt und die Ernährungssouveränität ausgerichtete Produktion». Ausserdem will er einen neuen Satz einfügen: «Er (der Bund) stellt sicher, dass der Bedarf der Bevölkerung vorwiegend durch eine qualitativ hochwertige, nachhaltige und diversifizierte einheimische Produktion gedeckt wird.» Beide Räte haben das Anliegen befürwortet.

Importe regeln, Exporte verbilligen?

Aber nicht alle meinen das Gleiche, wenn sie von Ernährungssouveränität sprechen. Das zeigen die agrarpolitischen Diskussionen in der Schweiz. So sagte der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl 2010 im Parlament, es gehe «um die Frage: Welcher Anteil an der Nahrungsmittelversorgung durch inländische Produktion soll künftig angestrebt werden?». Andere verkürzen die Definition auf «das Recht, die Landwirtschaftspolitik selber zu bestimmen».

Das ist überhaupt nicht im Sinn von Via Campesina: Selbstbestimmung ohne Einschränkung kann auch heissen, dass ein Staat ganz auf Dumping setzt, also seine Produkte zu einem Preis unter den Herstellungskosten auf den Weltmarkt wirft. Entscheidend für Via Campesina ist, dass ein Land sich zwar vor Billigimporten schützen darf, zum Beispiel durch Zölle, sich gleichzeitig aber verpflichtet, selber keine Exporte zu verbilligen. Erst das macht Ernährungssouveränität zu einem global solidarischen Instrument.

Der Ethiker Thomas Gröbly schreibt dazu: «Es geht nicht um nationalistische Abschottung, sondern um eine Stärkung der lokalen Beziehungen, damit die globalen Herausforderungen gelöst werden können» (siehe WOZ Nr. 24/08).

Der Bauernverband (SBV) spricht jedoch seit Jahren von Ernährungssouveränität, ohne die Exportproblematik zu erwähnen. Kein Wunder: Der SBV hat Exportsubventionen, etwa für Vieh, immer wieder befürwortet, wenn sie der Branche dienten. An der letzten Neujahrsmedienkonferenz stellte der SBV dann seine eigene Definition von Ernährungssouveränität vor. Darin geht es unter anderem um das Bewahren des heutigen Selbstversorgungsgrads, die Förderung der Qualitätsproduktion und den Schutz des Kulturlandes. Kein Wort über Exportpolitik – genauso wenig in der Initiative Bourgeois.

Überschüsse vermeiden

Der ursprünglichen Definition von Ernährungssouveränität verpflichtet fühlt sich dagegen die bäuerliche Gewerkschaft Uniterre, die in der Westschweiz und seit kurzem auch in den Regionen Basel und Zürich aktiv ist. Alles andere wäre auch erstaunlich: Schliesslich ist Uniterre Mitglied von Via Campesina.

Die Gewerkschaft plant eine Volksinitiative, die die Ernährungssouveränität in der Verfassung verankern soll. «Dann wird auch der Bauernverband Farbe bekennen müssen», sagt Uniterre-Sekretär Rudi Berli. Im Entwurf der Initiative steht unter anderem, der Bund solle die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft fördern – heute geschieht mit der Förderung des Strukturwandels das Gegenteil. Uniterre fordert auch besseren Schutz für landwirtschaftliche Angestellte.

Der Bund soll weiterhin Importzölle erheben können und ausserdem das Recht haben, den Import von Nahrungsmitteln zu verbieten, die den Sozial-, Ökologie- und Tierschutzstandards der Schweiz widersprechen. Die Branchenverbände sollen Produktionsmengen festlegen – um Überschüsse wie bei der Milch zu vermeiden.

All das widerspricht jedoch der Politik des Bundes, der ein Freihandelsabkommen mit der EU anstrebt und statt Mengensteuerung den «freien Markt» propagiert. Berli lässt sich davon nicht entmutigen: «Wir brauchen eine neue Vision in der Ernährungspolitik. Die jetzige Richtung – industrielle Produktion mit ein paar ökologischen Nischen – kann es nicht sein.»